Nr. 145. Freitag, 23. Juni. 1899

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XVIII. Jahrgang.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. 2c. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co. Emil Kreidner.

Inseratenpr. für 1spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Der Kampf im Baugewerbe.

Der Kampf im Berliner Baugewerbe, dessen Ursache die Herausforderung der organisirten Maurer ist, wenn man sich auch auf socialdemokratischer Seite bereits jetzt bemüht, über die Entstehung des Kampfes anders lautende Legenden zu verbreiten, hat bereits einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die Anzahl der streikenden Maurer, die wegen nicht Bewilligung des erhöhten Stundenlohnes in den Ausstand getreten sind, beträgt zur Zeit bereits weit über 3000, während die Anzahl derjenigen, über welche von den Arbeitgebern die Sperre verhängt worden ist, rund 2500 beträgt. Zu diesem Heer von nahezu 6000 Streikenden und Ausgesperrten kommen jetzt schon über 1000 Bauarbeiter; aber die Zahl der Arbeitslosen wird noch oder würde noch ganz außerordentlich steigen, wenn durch die Arbeitsruhe im Baugewerbe, wie das im weiteren Verlauf des Kampfes unvermeidlich wäre, die Zimmerleute, Bautischler, Dachdecker, Klempner und die anderen Bauhandwerker in Mitleidenschaft gezogen werden.

In Anbetracht dieser vielleicht in Kürze eintretenden Ausdehnung des Kampfes, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf die Reichshauptstadt beschränken wird, kommt der Feststellung, wem die Schuld an diesem Kampfe zufällt, eine um so größere Bedeutung zu, und diese Feststellung ist um so nothwendiger, als von der Socialdemokratie hier, wie immer in solchen Fällen, mit allen Künsten der Verdrehung gearbeitet wird. Das aber kann auch die Socialdemokratie nicht leugnen, daß der Kampf im Baugewerbe deshalb ausgebrochen ist, weil die Maurer im Vertrauen auf die in früheren Jahren erzielten Erfolge eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 65 Pf. forderten. Auch die Socialdemokratie wird nicht behaupten wollen, daß ein Lohn von 60 Pf. pro Stunde ein Hungerlohn ist. Thatsächlich wird vielfach trotz der theuren Lebensverhältnisse der Reichshauptstadt die geistige Arbeit hier nicht besser bezahlt, wie sich beispielsweise aus den Honoraren zahlreicher Privatlehrer und -Lehrerinnen entnehmen läßt. Da die hiesigen Maurer bei der außerordentlichen regen Bauthätigkeit in Berlin den bei weitem größten Theil des Jahres Arbeit haben, denn die Bauthätigkeit ruht hier auch im Winter nur kurze Zeit, so ist ihr durchschnittliches Jahreseinkommen thatsächlich derart, daß sie die Berechtigung hätten, sich als „Mittelstand“ zu fühlen. Aber statt sich damit zufrieden zu geben, daß sie bereits die Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 60 Pf. erzielt haben, gaben die Maurer den Einflüsterungen gewisser Agitatoren Gehör und stellten im Vertrauen auf die außerordentlich günstige Lage des Baumarktes die Forderung einer weiteren Lohnerhöhung.

Ein Theil der Arbeitgeber gab unter dem Druck der auf ihnen lastenden contractlichen Verpflichtungen den Forderungen der Arbeiter nach. Der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmergewerbe aber setzte dem Vorgehen der Arbeiter entschiedenen Widerstand entgegen, einen um so entschiedeneren, als er wußte, daß es sich hier um eine Frage handelte, deren Bedeutung über die geforderte Lohnerhöhung noch weit hinausging. Nicht nur zeigten die Erfahrungen der früheren Jahre, daß es sich hier um eine Schraube ohne Ende handelt, sondern die Arbeitgeber waren auch entschlossen, den Versuch, sich die Arbeitsbedingungen einseitig dictiren zu lassen, grundsätzlich abzuweisen. Es handelt sich hier in der That um eine Frage von weitgehender Bedeutung. Die socialdemokratische Phrase, daß der Arbeitgeber den Arbeitsvertrag dictire, ist längst nicht mehr zutreffend; im Gegentheil haben es die Arbeiter durch die Macht ihrer Organisation, der die Arbeitgeber bisher noch lange nicht allenthalben eine gleich kräftige Organisation entgegengestellt haben, vielfach erreicht, daß sie ihrerseits den Arbeitgebern im wesentlichen den Arbeitsvertrag dictiren konnten.

Diese Erwägung zeigt, daß es sich bei dem Kampf der Arbeitgeber, welche auf die unberechtigte Forderung der Maurer mit der Aussperrung antworteten, um einen grundsätzlichen Kampf handelt. Die Arbeitgeber wollen in ihrem eigenen Betriebe die wirklichen Betriebsleiter sein und sich nicht von den Organisationen der Arbeiter leiten lassen. Diesen Standpunkt dürfte eigentlich gerade die Socialdemokratie am wenigsten anfechten, denn gerade sie duldet am wenigsten Widerspruch gegen die Parteidespotie, und „wer sich nicht fügt, der fliegt“. Die Arbeiter können zufrieden sein, daß der Zukunftsstaat der Socialdemokratie eine phantastische Utopie ist, denn wie es dort mit der Freiheit bestellt wäre, kann man sich leicht ausmalen.

In den nächsten Tagen wird das Berliner Gewerbegericht Versuche unternehmen, eine Beilegung des Kampfes im Baugewerbe herbeizuführen. Ob diese Versuche Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten; jedenfalls werden die Arbeitgeber sich nur auf eine Abmachung einlassen, welche ihnen die Herrschaft im eigenen Hause sichert. Daß bei einer Fortsetzung des Kampfes die Arbeitgeber siegen werden, darauf ist dann jedenfalls mit Sicherheit zu rechnen, wenn man sich in weiten Kreisen der Arbeitgeberschaft darüber klar wird, daß es sich hier um eine Solidarität der Interessen handelt. Wenn diese Solidarität erst allgemein anerkannt und in die That übergeführt sein wird, dann wird den Uebergriffen der Socialdemokratie mit weit größerem Erfolg entgegengetreten werden können, als es auf dem Wege der Gesetzgebung ermöglicht werden kann.

Reichstag.

Berlin, 21. Juni.

Die heutige Reichstagssitzung war doch noch nicht die letzte vor der Vertagung trotz $6^1/_2$stündiger Dauer. Die **Carolinenvorlage** wurde schließlich gegen die Stimmen der Socialdemokraten und den beiden Volksparteien angenommen. Aus der Discussion ist noch zu erwähnen: Bedenken wurden von dem Abg. Grafen **Kanitz** (cons.) und anderen Rednern der Rechten wie des Centrums in der Richtung erhoben, daß das Zugeständniß der Meistbegünstigung an Spanien auf fünf Jahre Deutschland in seiner freien handelspolitischen Stellungnahme gegenüber anderen Ländern nach Ablauf der Handelsverträge behindern könnte. Der Unterstaatssecretär im Auswärtigen Amt Freiherr **v. Richthofen** erklärte diese Bedenken für unzutreffend. Staatssecretär **v. Bülow** erklärte auf eine Anregung, das Jesuitengesetz gelte nicht für die Schutzgebiete.

Der Abg. **Schrader** (freis. Vereinig.) trat namens seiner Freunde für die Vorlage ein. Er hoffe, daß das gebrannte Kind das Feuer scheuen und daß unsere Colonialverwaltung die in anderen Colonien gemachten Fehler hier, bei der Verwaltung des neuen Besitzes, vermeiden werde. Der positive Werth der Inseln lasse sich schwer genau aburtheilen; er wenigstens fühle sich nicht in der Lage, in der Weise, wie der Abg. Wiemer in seiner gründlichen Kenntniß der Verhältnisse, ein positives Urtheil auszusprechen. Für ihn und seine Freunde sei es entscheidend, daß es sich hier um eine große politische Action unserer Regierung handle, die sowohl für unsere Handelsbeziehungen, wie auch für unsere politischen Beziehungen von hohem Werthe sein dürfte.

Erst gegen 3 Uhr konnte man wieder in die **Berathung der Zuchthausvorlage** eintreten, und diese gestaltete sich sehr interessant und bewegt. Die **Niederlage der Regierung** wurde vollends besiegelt. Reichskanzler **Fürst v. Hohenlohe** und seine Collegen waren zur Stelle, nur Herr **v. Miquel fehlte auffallenderweise auch heute**, obwohl die Sitzung im Abgeordnetenhause schon um 2 Uhr beendet war. Die Glocke des Präsidenten war fortwährend in Thätigkeit, einen so lebhaften Verlauf nahm die Debatte, die wir in Folgendem kurz skizziren wollen:

Staatssecretär Graf **Posadowsky** legte Werth darauf, festzustellen, daß die Annahme der Vorlage im Bundesrath einstimmig erfolgt ist.

Verdiente Beachtung fanden die einstündigen Ausführungen des Abg. **Rösicke-Dessau**, der namens der **freisinnigen Vereinigung** die Vorlage bekämpfte als den ersten Schritt zur Untergrabung der Coalitionsfreiheit. Die Vorlage sei schlimmer als das Socialistengesetz und die Umsturzvorlage, da sie sich gegen die gesammte Arbeiterschaft richte. Grundsätze, wie sie in dieser Vorlage enthalten seien, passen nicht für das zwanzigste Jahrhundert. Redner, der selbst Unternehmer ist und mitten im gewerblichen Leben steht, wies auf den Terrorismus der Arbeitgeber hin, gegen den vorzugehen man sich scheue. Als Rösicke die vorjährigen Reden des Kaisers in Bielefeld und Oeynhausen erwähnte, wollte der Präsident Graf **Ballestrem** ihn daran hindern, da es nicht zulässig sei, unbeglaubigte Aeußerungen des Monarchen in die Debatte zu ziehen. Als Rösicke aber daran erinnerte, daß diese Reden durch den „Reichsanzeiger“ publicirt seien, erwiderte Ballestrem: „Dann ist es etwas anderes!“ (Heiterkeit.)

Handelsminister **Brefeld** führte die Vertheidigung der Vorlage in wenig geschickter Weise, indem er als Haupttrumpf die Ausschreitungen beim Saarbrücker Streik im Jahre 1891 ausspielen zu sollen glaubte, aber von der Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Strafbestimmungen niemanden überzeugte. Im Eingange seiner Rede hatte er die Citirung der kaiserlichen Aussprüche durch den Abg. Rösicke gerügt; das sei unconstitutionell und nirgends in der gesitteten Welt Gebrauch.

Das veranlaßte den Präsidenten Graf **Ballestrem** zu der Bemerkung: „Minister Brefeld hat es für angemessen erachtet, die Aeußerung eines Abgeordneten, nachdem ich sie bereits rectificirt hatte, nochmals zu rectificiren, ein Verfahren, das bis jetzt bei Mitgliedern des Bundesraths nicht üblich war. Ich bedauere es lebhaft, da dieses Verfahren geeignet ist, die Stellung des Präsidenten dem Hause gegenüber herabzusetzen und zu erschweren.“ (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Minister **Brefeld** erwiderte: Dies hat mir fern gelegen, ich habe mich nur für berechtigt gehalten, darauf hinzuweisen, daß man hier von dem in der gesitteten Welt üblichen Gebrauch abgewichen ist.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bleibe bei dem, was ich vorhin gesagt habe. (Stürmischer Beifall.)

Im Saale entstand eine große Bewegung, ebenso am Tische des Bundesrathes. Die Herren steckten die Köpfe zusammen. Diese Episode, die übrigens erst nach Schluß der Brefeld'schen Rede eintrat, steigerte die ohnehin vorhanden gewesene Erregung. Es sprachen noch gegen die Vorlage der süddeutsche Volksparteiler **Haußmann**, der Pole **v. Czarlinski** und der Elsässer **Winterer**.

Schließlich wurde die weitere Debatte auf morgen vertagt. Auf der Tagesordnung der morgigen letzten Sitzung steht außerdem die dritte Lesung der **Carolinenvorlage** und die Vorlage betreffend die **Vertagung** des Reichstages bis 14. zum November.

Berlin, 22. Juni.

Der Reichstag nahm zunächst einstimmig die Vorlage betreffs der **Vertagung** des Reichstags an. Bei der **Zuchthausvorlage** war der erste Redner der socialdemokratische Vertreter des 3. Berliner Reichstagswahlkreises **Heine**, der $2^1/_4$ Stunde sprach.

Redner vergleicht im Anfange seiner Rede die conservative Partei mit Don Quichotte und ihre Begleiterin, die Reichspartei, mit Sancho Pansa. (Präsident **v. Ballestrem**: Der Herr Redner meint damit doch nicht die Parteien, soweit sie im Reichstag vertreten sind?) Abg. **Heine** giebt an, er habe nur die Weltanschauungen derselben charakterisirt. Redner weist die Angriffe zurück, die im Laufe der Debatte von Seiten der Rechten gegen die Socialdemokratie gerichtet worden sind. Was die Vorlage selbst betreffe, so ruinirt der Erpressungsparagraph alle Rechtssicherheit, und zwar sei er um so bedenklicher, als seit den Kaiserreden die Gerichte mehr als zuvor dazu neigen, zu Ungunsten der Arbeiter zu entscheiden. Ein Beispiel sei dafür das sächsische Oberlandesgericht. Das königlich sächsische „Dresdner Journal“ enthalte hahnebüchene, ganz unverschämte Angriffe auf den deutschen Reichstag. Die Vorlage verdanke u. a. ihre Entstehung auch den Hetzereien der Großindustriellen, welche ja auch nach dem von uns allen beklagten Attentat auf die Kaiserin von Oesterreich ein Telegramm an den Kaiser gerichtet haben. Das sei eine Anreizerei der widerwärtigsten Art. Dann constatirt Redner, daß gestern der Abgeordnete Rösicke, als er das Urtheil des Berliner Landgerichts erwähnte, welches sich bekanntlich gegen das Klassenurtheil des Dresdener Oberlandesgericht ausgesprochen hat, vollständig richtig citirt habe. Er als Vertheidiger in dem Prozesse müsse das wissen. Die Denkschrift kritisirt Redner als sehr scharf und oberflächlich, die darin enthaltenen Angaben gingen mehrfach bis zur Unwahrhaftigkeit. Redner erwähnt die Bezugnahme der Denkschrift auf Inschriften an gewissen Oertchen. (Heiterkeit.) Solche Schreibereien seien doch überall an solchen Stellen zu finden, namentlich auch antisemitische. Deshalb habe man aber noch niemals daran gedacht, Ausnahmen schon gegen die Antisemiten zu machen.

Nach Heine ergreift Staatssecretär **Nieberding** das Wort.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. Juni.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute in der zweiten Lesung den Gesetzentwurf betreffend die **Richterpensionirung** nach den Beschlüssen der Commission an und überwies den von dem Minister Miquel bekämpften Antrag Weihe betreffend die Aenderung des **Rentengutsgesetzes** an eine Commission. Morgen findet die zweite Lesung der Vorlage betreffend die Kreisärzte statt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Juni.

Kreuz- und Querzüge.

In mehreren Zeitungen ist die Behauptung enthalten und sie wird mehrfach besprochen, daß der Herr Finanzminister v. Miquel während der Verhandlung über den Antrag des Centrums auf Zurückweisung der Kanalvorlage an die Commission „zu dem Abg. Rickert geschickt und ihn dringend ersucht habe, mit seinen Freunden für den Antrag zu stimmen“. Auf unsere Anfrage geht uns von dem Abg. Rickert die Mittheilung zu, daß diese Behauptung nicht zutreffend ist.

„Ich hatte mich“, schreibt Herr Rickert weiter, „bereits zum Wort gemeldet, um eine kurze Erklärung für die Zurückverweisung abzugeben, als ich auf dem Gange nach dem Bureau den Herrn Finanzminister traf, mit ihm einige Worte austauschte und ihm dabei mittheilte, daß ich mich für den Antrag des Centrums erklären würde. Der Herr Minister hat weder zu mir geschickt, noch sonst mich zu meiner Erklärung veranlaßt. Daß die sich jetzt anhäufenden Compensationsforderungen der Abgeordneten aus den einzelnen Provinzen eine Verschleppung der Kanalvorlage bis zum Herbst zur Folge haben können, glaube ich einstweilen noch nicht; indeß, das wird von

---

Sein Recht?

Roman von Elisabeth Gnade.

85) [Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

XIII.

Gerhard war unwohl gewesen und hatte sich mit Mathy früh zurückgezogen; Anton saß noch in seinem Giebelstübchen bei der Lampe, vor ihm lagen mehrere Broschüren und Zeitschriften. „Kalk und Mergel“ — „Landwirthschaftliche Betriebslehre“ — „Anleitung zu einer rationellen Düngung mit Phosphorsäure“ — „Die Thomasschlacke“ — u. s. w. Der gute Anton legte gewissenhaft sein ganzes Gewicht als Theoretiker in die übernommene Aufgabe hinein, wollte überall reformiren und erreichte damit, daß der neue Inspector nach Hause schrieb: „Manchmal ist es hier zum Verzweifeln; der eine Herr sieht nichts und der andere versteht von nichts!“

Es war ein drückend heißer Spätsommerabend, und das Fenster mußte offen stehen. Die Milchglasglocke war bald ganz besetzt von winzig kleinem, geflügelten Gethier. Ein dicker Brummer schwirrte jetzt mit plumpem Schlage gegen die Lampe, jetzt gegen Antons gesenkte, feuchte Stirne.

Von draußen klang der Schall einer Harmonika: der neue Inspector liebte es, an solchen Abenden in der kleinen, niedrigen Weinlaube vor seiner Thüre zu sitzen und seinen Empfindungen in Tönen Luft zu machen.

Vom Hofe her kam hin und wieder ein vereinzelter Laut: das Knurren eines Hundes, das dumpf verschlafene Aufbrüllen eines Rindes, das Rasseln einer Kette — manchmal auch unterdrücktes Gekicher. Dazwischen alles still.

Still, dunkel und schwül.

Nun verstummte die Harmonika; der thätige Landmann suchte die Ruhe auf.

Auch Anton wurden die Augen schwer; er ließ den Federhalter sinken und lehnte sich zurück.

Seine Gedanken schweiften von der Arbeit ab Wie mochte es kommen, daß Mathy jetzt so theilnahmlos an ihm vorüberging, — daß sie beide eigentlich in gar keinem Verhältniß mehr mit einander standen? Bei seiner Ankunft hatte sie ihn doch mit so ehrlicher, offener Freude begrüßt und sich in der ersten Zeit so mittheilungsbedürftig gezeigt! Wie war das alles anders geworden? Hatte sie ihm etwas übel genommen?

Anton konnte sich nicht denken, was.

War ihr seine dauernde Anwesenheit im Hause unangenehm?

Aber sie mußte doch begreifen, daß diese in guter Absicht hergestellt und um Gerhards willen nothwendig war.

Ueberhaupt — Mathy war in den letzten Wochen so komisch gewesen, einmal ausgelassen lustig, dann wieder in sich versunken, und nur gegen Gerhard von immer gleicher, freundlicher Geduld.

Ob ihr etwas fehlte?

Anton saß lange so, bis sein Grübeln sich in träumenden Halbschlaf verlor. Er war um vier Uhr aufgestanden und hatte sich während des heißen Tages nicht geschont.

Durch die Wipfel vor seinem Fenster ging ein ängstliches Aufraschen — dann zuckte er über den sternenlosen Himmel hin, und dem ersten Blitz folgte entfernter, ungewiß murrender Donner.

Nun ein stärkeres Leuchten, ein lauter, drohender Schlag. Vereinzelte schwere Regentropfen fielen mit hellem Ton auf das Schieferdach und mit dumpfem, leisen Rascheln in die Baumkronen nieder.

Plötzlich schreckte Anton empor. Aber es war nicht das drohende Gewitter, auf welches seine kräftigen Nerven niemals reagirten, es war Geräusch im Hause gewesen, daß ihn wach gemacht hatte.

Er horchte angestrengt.

Ja, da klappte wieder eine Thüre, und nun kamen hastige, leise Schritte die Treppe herauf.

„Anton!“

Mathys Stimme — aber wie von Angst und Qual erstickt.

Jetzt klopfte sie an seine Thüre.

„Anton, bist du noch wach?“

Da öffnete er schon, und vor ihm stand Mathy — im lässig übergeworfenen Morgenkleide — auf Pantoffeln — todtenblaß mit weitgeöffneten Augen — das Haar verwirrt um die Stirne hängend — ein brennendes Licht in der Hand.

„Um Gottes Willen, Mathy —“

„Anton, bitte, bitte, komm schnell. Gerhard ist krank geworden. Ich weiß mir garnicht zu helfen.“

Sie eilten ohne ein sonstiges Wort miteinander hinunter.

Die Thüre zum Schlafzimmer stand offen, und neben Mathys Bett, dessen Kissen und Decken wirr durcheinander geworfen waren, lag Gerhard, aschfahl, mit offenem Munde, stöhnend und ohne Bewußtsein.

Die Beiden standen rathlos davor.

„Wie kam das?“ fragte Anton leise.

„Ich weiß nicht — ihm war ja schon schlecht — und plötzlich mit einemmal —“

Mathy zitterte am ganzen Leibe und war nicht im Stande, weiter zu sprechen.

„Wir müssen sofort zum Doctor schicken, soll ich selbst —“

Mathy klammerte sich an ihn.

„O bitte, bitte, laß mich nicht allein! Ich sterbe vor Angst, lieber Anton, bitte, bitte, laß den Wittkowski fahren!“

Dann will ich ihm wenigstens ein paar Zeilen an den Doctor mitgeben, daß der sich darauf einrichten kann — ich besorge alles, Mathy, ich wecke dir auch das Mädchen.“

Er eilte davon, und Mathy blieb bei dem Kranken. Sie sank auf den Stuhl neben dem Bette und barg, von Grauen geschüttelt, das Gesicht mit den dagegen gedrückten Händen an der Rücklehne.

Das furchtbare Röcheln — und der entsetzlich knatternde Donner — und die Blitze, welche Mathy durch die geschlossenen Augen hindurch spürte — sie wand sich wimmernd hin und her und glaubte vergehen zu müssen.

Anton kam zurück, mit ihm Mine.

„Ach Gott, ach Gott, unser gnädiger Herr!“

„Na, der Wittkowski spannt schon an. Wenn er nur glücklich hinkommt, in der Dunkelheit, bei dem Gewitter.“

„Wann kann der Doctor hier sein?“ fragte Mathy hinter ihren geschlossenen Fingern hervor.

„Wenn er gleich mitkommt und der Wittkowski ordentlich zufährt: in ungefähr drittehalb Stunden.“

Zwei und eine halbe Stunde! Mathy schauderte in sich hinein.

Anton stellte sich neben dem Bette auf und sah mit kummervollem Gesicht auf Gerhard herab.

„Wenn wir nur etwas für seine Erleichterung thun könnten.“

Mathy hob ein wenig den Kopf und warf einen halben, scheuen Blick nach dem Kranken hin.

„Was meinst du?“ flüsterte sie, „ob ich ihm eine kalte Compresse um die Stirn mache?“

„Versuch es doch.“

Mathy wollte aufstehen, aber ein greller Blitz zuckte durchs Zimmer: sie fuhr zurück und verbarg ihr Gesicht wieder in den Händen.

„O Gott, wie furchtbar! Mine, Mine, bring du frisches Wasser und ein Tuch.“ (Forts. f.)

der Haltung der Staatsregierung abhängen. Was speciell die Forderungen der ost- und westpreußischen Abgeordneten betrifft, so erkennen auch wir, wie die Collegen Ehlers und Krause dies bei der kürzlichen Besprechung hervorgehoben haben, die Berechtigung jener Forderungen an; auch wir wünschen ein umfangreicheres Kleinbahnnetz, billigere Eisenbahnfrachtsätze, Regulirung unserer Wasserstraßen im Osten u. s. w.; wir sind aber nicht der Meinung, daß diesen Forderungen durch die von conservativer Seite beliebte Taktik gedient wird, wir sind vielmehr überzeugt, daß man ihnen Hindernisse bereitet, wenn man jetzt sie mit der Kanalvorlage verquickt. Was kann man damit erreichen? Ist man etwa der Meinung, daß die Staatsregierung sich ohne eingehende Prüfung der einzelnen Forderungen und ihrer finanziellen Tragweite zu bindenden Versprechungen verpflichten kann? Das erwartet wohl niemand. Die Geltendmachung von Forderungen, die an sich mit der Kanalvorlage in keiner Verbindung stehen, kann also kein anderes Resultat haben, als Verschleppung oder gar Ablehnung der Vorlage. In beiden Fällen trägt man aber mit dazu bei, die Erfüllung der Forderungen für unseren Osten hinauszuschieben und zu gefährden. Wir werden daher keinem Vorgehen unsere Unterstützung leihen, welches dahin führt, die Entscheidung über die Kanalvorlage zu verschleppen oder die Vorlage zu Fall zu bringen. Man wird sich jetzt doch endlich dazu entschließen müssen, ja oder nein zu sagen."

Wie wir anderweitig hören, dauern die Specialberathungen von Abgeordneten einzelner Provinzen noch fort. Gestern Abend traten die Abgeordneten der Provinz Brandenburg zusammen. Es scheint, als wenn eine ganze stattliche Reihe solcher Specialforderungen am Freitag in der Kanal-Commission vorgebracht werden soll. Beabsichtigen vielleicht die Herren, diese Forderungen einer auf Grund des Art. 82 der Verfassung zu ernennenden Untersuchungs-Commission zu überweisen?

Ueberaus charakteristisch für die höhnende Sprache, in welcher sich gegenwärtig die agrarischen Organe der Situation und selbst gegenüber ihrem „Liebling", Herrn v. Miquel, ergehen zu sollen glauben, ist Folgendes:

Berlin, 22. Juni. Die „**Correspondenz des Bundes der Landwirthe**" schreibt bezüglich der Kanalvorlage: Will Herr Minister Miquel die Vorlage durchbringen, dann wird er tief in die Tasche greifen müssen, so tief, daß er es kaum vor seinem finanzministeriellen Gewissen vertreten können wird. Folgt er letzterem und lehnt er die Compensationsforderungen ab, dann ist das Schicksal der Kanalvorlage besiegelt; dann fällt sie unverzüglich. Das Blatt richtet an Miquel die Frage, ob er vielleicht endlich müde geworden sei und nach einem plausiblen Grunde suche, das Kastanienwäldchen zu verlassen.

Das muß sich Herr v. Miquel sagen lassen, der es wahrlich nie an Bemühungen hat fehlen lassen, sich das Wohlwollen der Herren Agrarier zu erhalten. Welche Haltung die Staatsregierung einem solchen Vorgehen gegenüber einnehmen wird, darauf kann man wirklich gespannt sein.

Auch in der mit der Kanalvorlage in Zusammenhang gebrachten Frage in Betreff des Communalwahlrechtes erleben wir ein höchst unerquickliches Schauspiel. Die Conservativen scheinen dem Centrum zeigen zu wollen, daß es nicht die Macht hat, dieses Gesetz durchzusetzen, wenn die Conservativen nicht wollen. Einstweilen ist es ihm gelungen mit Zustimmung der Nationalliberalen in der Commission eine Subcommission zu ernennen, welche Material sammeln soll. Also auch eine Verschleppung dieser Vorlage! Hoffentlich werden die Nationalliberalen im weiteren Verlaufe der Verhandlung sich bei weiteren Anträgen, die die Entscheidung auch in dieser Frage verzögern, nicht betheiligen. Sonst wäre das Ende gar nicht abzusehen. Gestern hieß es sogar, wie man uns aus Berlin mittheilt, die Conservativen würden für die Communalwahlvorlage stimmen, wenn das Centrum den Kanal abgelehnt haben würde! Nun, es wird hoffentlich in der Freitagsitzung der Kanalcommission eine Wendung eintreten. Diese kann aber nur die Regierung herbeiführen.

Und immer weitere Kreise zieht die Kreuz- und Querzugstaktik. Das Centrum ist erbittert über die Verschleppung der Communalwahlrechtsfrage durch die Einsetzung der Subcommission und ist drauf und dran, diesen Zug durch einen Gegenzug, abermals auf Kosten der Kanalvorlage, zu übertrumpfen. Das Communalwahlgesetz soll und muß, dabei bleibt das Centrum, vor der Kanalvorlage erledigt werden, und wenn die letztere ad calendas graecas verschoben werden sollte. Hierüber liegt folgende Drahtmeldung vor:

Berlin, 22. Juni. Die „Kölnische Volkszeitung", das Hauptorgan des Centrums im Westen, das als rheinisches Blatt an der Communalwahlreform im Sinne des Centrums ganz besonders interessirt ist, schreibt heute: Die Verantwortung für das Scheitern der Wahlreformvorlage trifft zunächst die Regierung, welche die Vorlage so spät eingebracht hat, daß sie mit dem Kanalproject verquickt erschien. Das Centrum muß nunmehr darnach trachten, **die Kanalvorlage auf die nächste Session zu vertagen.**

Was das späte Einbringen der Communalwahlvorlage anlangt, so ist es allerdings richtig, daß dieselbe sehr spät erfolgte, aber doch immerhin nicht so spät, daß sie nicht noch hätte vor der Kanalvorlage erledigt werden können. Die Verquickung selbst zwischen beiden hat doch erst der Centrumsantrag auf Rückverweisung an die Commission herbeigeführt. Jedenfalls ist, wenn nach der Parole der „Köln. Volksztg." vom Centrum verfahren wird, nur in dem Falle — und der Fall ist unwahrscheinlich —, daß die Subcommission für das Communalwahlgesetz schnelle Arbeit macht, noch Hoffnung auf Erledigung der Kanalvorlage in dieser Session vorhanden. Was aus einem so verfahrenen Zustande noch herauskommen wird, das mögen die Götter wissen, ein Schauspiel für Götter ist dieser Handel gewiß, wenn nur der Gegenstand nicht so ernst wäre, um den es sich handelt. Oder weiß es die Regierung? Eigentlich sollte sie es wissen, wenn anders Fürst Hohenlohes Worte, daß die Regierung entscheidendes Gewicht auf die Verabschiedung der Vorlage noch in dieser Session lege, ernst gemeint waren. Die Consequenz solcher Worte, sollte man meinen, läge nahe genug. Man erwartet daraus ein energisches quos ego für die sich immer breiter machenden Intriguanten. Wird man es zu hören bekommen?

Der Reichstag

geht also erst heute nach Hause, um sich bis zum 14. November der wohlverdienten Ruhe hinzugeben, nachdem er gestern noch eine Sitzung abgehalten, die an pikanten Momenten vielleicht die reichste in der ganzen Session war. Ein **Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten** und einem **Minister** ist jedenfalls ein seltenes Ereigniß, das denn auch gestern seine aufregende Wirkung nicht verfehlte. Als Echo dieses Zusammenstoßes meldet der Telegraph heute noch Folgendes:

Berlin, 22. Juni. Die „Berliner N. N." schreiben: „Der peinliche Zusammenstoß zwischen dem preußischen Handelsminister Brefeld und dem Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem in der gestrigen Reichstagssitzung wird voraussichtlich mit dem stattgehabten Wortwechsel noch nicht erledigt sein. Kritiken kaiserlicher Reden und Handlungen im Reichstage müssen die Grundlage unseres Verfassungslebens in ihren Tiefen erschüttern. Derartige folgenschwere Maßnahmen dürfen nicht von dem Gutdünken der jeweiligen Reichstagspräsidenten abhängig sein. Graf Ballestrem verlangt den Abdruck der betreffenden Reden im „Reichsanzeiger". Seinem Nachfolger erscheint auch diese Schranke vielleicht für überflüssig. Hier heißt es „principiis obsta", und wir hoffen, daß die preußische Regierung der „Reichstagspolitik" auf der schiefen Ebene, auf der sie sich bewegt, energisch und entschlossen auf alle Consequenzen hin Halt gebieten wird."

Man begreift nicht, was sich das Blatt mit diesem Zornerguß und dem Appell an die preußische Regierung eigentlich denkt, da der Reichstag in der Leitung seiner Geschäfte vollkommen souverän ist.

Heute nun erfolgt **die letzte Sitzung.** Auch in dritter Lesung wird die **Carolinenvorlage** glatt durchgehen, für welche auch die freisinnige Vereinigung stimmt — ohne deshalb in der Colonialfrage „umgefallen" zu sein, wie ein Berliner volksparteiliches Blatt freundlich insinuirt; denn die freisinnige Vereinigung ist niemals eine principielle Gegnerin der Colonialpolitik gewesen und aus welchen Motiven sie für die Carolinenvorlage gestimmt hat, das hat gestern Abg. Schrader so überzeugend dargelegt, daß sich sachlich sicherlich nichts Triftiges dagegen einwenden läßt.

Ferner wird heute die erste Lesung der **Zuchthausvorlage** endgiltig beendet und die zweite im Herbst vorzunehmende Berathung derselben ohne Verweisung an eine Commission im Plenum beschlossen. Die Conservativen, die bekanntlich die Verweisung an eine Commission wollten, und wenn es nur zu dem Zwecke wäre, um das unrühmliche Begräbniß zweiter Klasse zu vermeiden, hatten anfangs die Absicht, diesen Beschluß zu verhindern, was sie durch Anzweifeln der Beschlußfähigkeit des Hauses wahrscheinlich hätten erreichen können; denn die Bänke waren bedenklich dünn besetzt. Aber die Socialdemokraten erklärten, dann auch ihrerseits bei der heutigen dritten Berathung der Carolinenvorlage die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln zu wollen, und um das zu vermeiden, beschieden sich die Conservativen und fügten sich in das der Zuchthausvorlage nun einmal bestimmte Schicksal. Bis zum Herbst, wo die zweite Lesung dieses Entwurfs erfolgt, haben nun die „Scharfmacher" einer- und die Gegner der Vorlage andererseits Zeit, ihre Arbeit zu thun. Hoffentlich wird sich das liberale Bürgerthum an der Agitation gegen den Entwurf lebhaft betheiligen und es wäre wünschenswerth, wenn namentlich die Arbeitgeber in größerer Anzahl ihrer Ueberzeugung öffentlichen Ausdruck geben wollten. Die großen Arbeitgeber, die ein Reichstagsmandat bekleiden, sind mit fast alleiniger Ausnahme des Herrn v. Stumm sämmtlich gegen das Gesetz, z. B. Rösicke, dessen gestrige Rede gegen das Gesetz besonders wirksam war.

Das Intriguenspiel gegen den Kanal.

Berlin, 21. Juni. Zu der vorgestrigen **Conferenz der ost- und westpreußischen Abgeordneten** über die Compensationen wird der nationalliberalen „Nationalztg." noch mitgetheilt, daß die Verhandlung durch die Art wie die conservativen Führer sie betrieben, schlechthin einen cynischen Eindruck hervorgebracht habe. Es wurde kaum ein Hehl daraus gemacht, daß diese „Compensations"-Forderungen dazu bestimmt sind, die Vorlage zu Falle zu bringen.

Ferner schreibt die „Nationalztg.": „Wie sehr der Kampf um die **Kanalvorlage** zu einem parlamentarischen Intriguenspiel herabgesunken ist, dafür ist es bezeichnend, daß man jetzt im Abgeordnetenhause von folgender Möglichkeit spricht: Die **Conservativen** würden schließlich mit dem **Centrum** einen „Kuhhandel" eingehen, mit ihm und nach seinen Wünschen die **Gemeindewahlreform** fertig machen, und als Gegenleistung werde das Centrum den Conservativen helfen und die Kanalvorlage verwerfen! Man erörterte diese Eventualität vorläufig halb im Scherz, doch eben nur halb; es giebt Leute, welche daran glauben. Dies wäre allerdings ein Erfolg der rheinischen Opposition gegen die Wahlreform, wie man ihn sich dort nicht hätte träumen lassen. Man wollte den Kanal ohne Wahlreform und man würde die Wahlreform ohne Kanal erhalten. Auf alle Fälle stellen wir fest, daß die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses aus sachlichen Gründen beides will, Kanal und Wahlreform, wenn sie auch selbstverständlich nicht darauf verzichtet hat, die für diese Reform gemachten Vorschläge zu prüfen. In der Sitzung der Kanalcommission am Freitag wird es sich zeigen, ob die Regierung in dieser Lage die Fähigkeit zu einer entschlossenen Politik besitzt, oder ob sie die Compensationsposse der Conservativen über sich ergehen und die Kanalvorlage zum Spielball aller Intriguen werden läßt. Was sie **an Autorität besitzt, steht auf dem Spiele".**

Internationales Schiedsgericht.

Haag, 22. Juni. Die Commission der **Friedensconferenz,** welche mit der Prüfung der Frage bezüglich des Schiedsgerichts und der Vermittelung betraut ist, hielt gestern eine längere Sitzung ab. Es wurde die Frage wegen der Organisation des ständigen Schiedsgerichtshofs und besonders des Centralbureaus weiter berathen. Ebenso wurden alle Artikel bezüglich der internationalen Untersuchungs-Commission einer Prüfung unterzogen, und es wurde eine Einigung über die präciseste Fassung dieser Artikel erzielt. **In der letzten auf Freitag festgesetzten Sitzung soll über die Vorschriften für das schiedsgerichtliche Verfahren berathen werden.**

Ein neuer Abrüstungsplan soll, wie die Londoner „Daily News" aus dem Haag erfahren haben will, in Petersburg ausgearbeitet und der Friedensconferenz **demnächst unterbreitet werden.**

Minister-Combinationen und kein Ende.

Auch **Leon Bourgeois will sich nicht der schweren Aufgabe der Cabinetsbildung unterziehen,** nachdem die Kunst seiner beiden Vorgänger Poincaré und Waldeck-Rousseau versagt hat. In der sofort nach seinem Eintreffen aus dem Haag abgehaltenen Unterredung mit dem Präsidenten Loubet sagte Bourgeois, die Lage sei durchaus nicht so kritisch, wie gewisse Blätter sie darstellten, die Ereignisse in Frankreich würden im Auslande nicht so pessimistisch aufgefaßt. Bourgeois erklärte, er halte das Werk, an welchem man im Haag arbeite, für eins der schönsten, aus welchem glückliche Folgen für Frankreich und die Menschheit sich ergeben könnten. Er sei mit Leib und Seele bei jenem Werke und habe die Ueberzeugung, daß seine Bemühungen nicht vergeblich sein würden. Es würde ihn deshalb wahrhaft mit Kumer erfüllen, wenn er auf seine Mission verzichten müßte. Bourgeois bemerkte weiter, er sei Führer einer Partei und man erwarte nicht, daß jetzt eine einzige Partei die Leitung der Geschäfte übernehmen werde. Was man erwarte, sei eine Regierung, deren Weg deutlich vorgezeichnet sei. Es handle sich im wesentlichen darum, der Gerechtigkeit Achtung bei Jedermann zu verschaffen und die Disciplin im Heere aufrechtzuerhalten. Um letzteres zu erreichen, dürften Maßregeln gegen einige Persönlichkeiten genügen.

Nachdem Bourgeois am gestrigen Nachmittag im Ministerium des Auswärtigen eine Besprechung mit Sarrien und Delcassé gehabt, begab er sich abermals ins Elysée zur Conferenz mit Loubet, dessen Resultat die officielle Ablehnung Bourgeois' war. In den Wandelgängen der Deputirtenkammer erzählte man sich gestern Abend, Bourgeois habe Waldeck-Rousseau dringend gebeten, die Verhandlungen von neuem aufzunehmen. Heute meldet noch der Draht:

Paris, 22. Juni. Trotz seines lebhaften Wunsches, unverzüglich nach dem Haag zurückzukehren, beschloß Bourgeois, bis zu der Bildung des neuen Cabinets in Paris zu bleiben, um die Verhandlungen der Persönlichkeit, die mit der Cabinetsbildung **betraut werden wird,** zu erleichtern.

Paris, 22. Juni. Da **Bourgeois** endgiltig die Cabinetsbildung abgelehnt hat, wird der Präsident Loubet heute eine andere Persönlichkeit berufen, sehr **wahrscheinlich** werde dies **Waldeck-Rousseau** sein, der geneigt sein soll, auf neuer Grundlage die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Paris, 22. Juni. Es bestätigt sich, daß **Waldeck-Rousseau** wieder geneigt sei, die Bildung des neuen Cabinets zu übernehmen. Die meisten republikanischen Blätter glauben, daß Waldeck-Rousseau dieses Mal, durch die letzten Erfahrungen belehrt, allen von Méline und seinen Anhängern kommenden Hindernissen ausweichen und schnell zu einem Resultat gelangen werde.

Der „Gaulois" will erfahren haben, daß **Waldeck-Rousseau** fest entschlossen sei, das **Portefeuille des Krieges selbst zu übernehmen** und den General Gallifet zu seinem Cabinetschef zu ernennen. Die radicalen und socialistischen Organe tadeln heftig die Haltung Bourgeois', der unter dem Vorwande seiner Unentbehrlichkeit auf der Conferenz im Haag sich trotz der schwierigen Lage seiner Pflicht als Parteiführer entzogen habe.

Britische Vertheidigungsmaßregeln.

London, 21. Juni. Im **Unterhause** legte heute der Parlamentssecretär des Kriegsamts Wyndham dem Hause eine Bill betreffend militärische Bauten vor und erklärte, es handle sich hier um Fortsetzung des militärischen Bautengesetzes von 1897. Er verlange eine Anleihe von vier Millionen Pfund, rückzahlbar in Jahresraten, für Vertheidigungswerke, Kasernen und Schießplätze. Man würde mit der Vorlage keine neue Politik verfolgen, die Regierung verlange nur, was augenblicklich dringend nothwendig und auch für die Zukunft nützlich sei. Des weiteren führte er aus:

Die Reichsvertheidigung müsse hauptsächlich auf dem Mutterland und zwar auf der Ueberlegenheit zur See beruhen, obwohl Heer und Flotte zusammenwirken müßten. England brauche Zufluchtshäfen, damit die Flotte im Stande sei, aus ihrer Beweglichkeit vollen Vortheil zu ziehen. Der Handel brauche auch strategische Häfen und Handelshäfen und müßte Schutzmittel haben, um Angriffen eines oder zweier Kreuzer Widerstand bieten zu können. Auf allen diesen Stationen seien Geschütze und für diese gewisse Vertheidigungsbauten nöthig. Von der erwähnten Summe sei eine Million für Vertheidigungswerke bestimmt. Natürlich sei er nicht in der Lage, sich über diese Vertheidigungszwecke und ihre Stärke näher auszulassen. Im Mutterlande und in den Colonien sei der Bau neuer und der Neubau alter Kasernen erforderlich, da seit drei Jahren das Heer um 25 000 Mann vermehrt sei. Dem in der Vorlage in dieser Beziehung angesetzten Posten liege ein sorgfältig ausgearbeitetes Project zu Grunde. Das Project werde eine Ausgabe von 5¼ Mill. erheischen. Hiervon sollten gegenwärtig nur 2 770 000 Pfund gefordert werden. Von diesen sollten 1 600 000 für Infanterie- und Artilleriekasernen in der Salisbury-Ebene verwendet werden, verschiedene Beiträge seien für Halifax, Gibraltar und Malta erforderlich, 130 000 Pfund für Wei-hei-wei, wo je eine neue Compagnie britischer und chinesischer Garnisonartillerie, zwei Compagnien britischer Infanterie und sechs Compagnien chinesischer Infanterie stationirt werden sollen.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. Juni. Gestern Abend **fand unter** zahlreicher Betheiligung ein **Bismarck-Commers** der Berliner **Studentenschaft** statt. An den Kaiser wurde eine Huldigungsdepesche gesandt, an den Fürsten Herbert Bismarck ein Telegramm. Im Verlaufe des Commerses feierte der Rector der technischen Hochschule Bismarck in einer Rede.

Berlin, 21. Juni. Um den **Maurerstreik** zu beseitigen, wird ein **Einigungsamt** des Gewerbegerichts, nachdem beide Parteien ihre Bereitwilligkeit erklärt **haben, am nächsten Sonnabend** zusammentreten.

— **Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung,** wonach demnächst **neue Reichs-Kassenscheine zu fünfzig Mark ausgegeben werden.**

* **[Besuch bei der Kaiserin Friedrich.]** Im **Hause der Kaiserin Friedrich** auf Schloß Friedrichshof **im Taunus** geben sich zur Zeit die **nächsten Familienmitglieder** ein Stelldichein. **Kronprinz Konstantin von Griechenland,** der einige **Zeit den Truppenbesichtigungen** seines Schwagers, des Erbprinzen von Meiningen, Commandeurs des 6. Armeecorps in Breslau, beigewohnt hatte, ist wieder nach Friedrichshof zurückgekehrt. Die Prinzessin Adolf von Schaumburg, die zweite Tochter der Kaiserin, ist ebenfalls zu Besuch eingetroffen. Die Frau Kronprinzessin von Griechenland, die drei Kinder des kronprinzlichen Paares, die Prinzen Georg, Alexander und die Prinzessin Helena von Griechenland weilen ebenfalls auf dem sonst so stillen Schloß. Die Kaiserin Fridrich hat ihre herzliche Freude an dem munteren Treiben. Wenn der kleine Prinz Georg, ihr Enkel, ausreitet, so tritt sie sicher allemal an das Fenster. Generaloberst von Loë, der sich der höchsten Gunst Kaiser Friedrichs erfreute, ist einer Einladung der Kaiserin gefolgt und mit seinem Sohne in Friedrichshof angekommen.

* **[Der Abgeordnete Richter]** hat sich zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit nach Wiesbaden begeben.

* **[Offenes Geständniß.]** **Was es mit** den extrem-agrarischen Forderungen im hygienischen Interesse für eine Bewandniß hat, zeigt ein Eingeständniß des agrarischen Abgeordneten Lutz. Nach dem Bericht seines Blattes, der „Südd. Landpost", sagte er in einer conservativen Versammlung in Langenaltheim: „Für die Consumenten sei das amerikanische Fleisch und Margarine ein Gewinn, für die einheimische Landwirthschaft ein unberechenbarer Schaden! Darum sei ihre Einfuhr bezw. Verbreitung auf gesetzlichem Wege möglichst einzudämmen." Das ist deutlich.

* **[Ausweisungen aus Nordschleswig]** kommen jetzt wieder häufig vor. So wurden in Hjerting zwei Knechte und ein Mädchen ausgewiesen, in Hoirup bezw. Hjerting drei Hirtenknaben und endlich noch ein Knecht in Riesjarup.

Frankreich.

* **Aus Rennes** wird dem „Lok.-Anz." gemeldet, daß man dort für die **Prozeßwoche** auf 10 000 Fremde rechnet. Der Preis für bestellte Zimmer beträgt 20 Francs täglich. Die Mehrzahl der Universitätsstudenten verläßt Mitte Juli Rennes, so daß von dieser Seite Demonstrationen nicht zu besorgen sind, ebenso wenig von den Arbeitern, welche in der überwiegenden Mehrzahl im Arsenale beschäftigt sind und sich niemals am Straßenlärm betheiligen. Gleichwohl erschien es angesichts des erwarteten Pariser Zuzugs nothwendig, die nur 30 Mann zählende Gendarmerie zu Rennes zu verstärken, außerdem einige Escadrons Dragoner kommen zu lassen. Das Fenster der Dreyfus'schen Zelle wird derart maskirt, daß eine Verständigung durch Zeichen vom Hause gegenüber unmöglich wird. In den für die Verhandlung bestimmten, ziemlich niedrigen Proviantsaal kann seiner Entfernung von der Straße wegen kein Außenlärm dringen; Wunsch und Bestreben der gesammten Bevölkerung ist, daß die Dreyfustage einen möglichst ruhigen Verlauf nehmen.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 22. Juni.

Wetteraussichten für Freitag, 23. Juni,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Wolkig und halbheiter. Später Regenfälle.

* **[Weichselbereisung.]** Die **Herren** Oberpräsident Dr. v. Goßler und **Regierungs-Präsident** v. Holwede haben sich gestern Abend nach Thorn begeben, um heute eine Bereisung der Weichsel von dort aus vorzunehmen.

* **[Vaterländischer Frauenverein.]** Nach dem in der gestern abgehaltenen Delegirten-Versammlung des Verbandes Vaterländischer Frauenvereine von dem Schatzmeister Herrn Oberregierungsrath Buhlers erstatteten Kassenbericht beziffert sich die Einnahme des Verbandes auf 29 913,56 Mk. und die Ausgabe auf 4145,23 Mk., so daß ein Bestand von 25 768,38 Mk. vorhanden ist. Dem vom Schriftführer Herrn Regierungsrath v. Steinau-Steinrück erstatteten Jahres- und Geschäftsbericht entnehmen wir Folgendes:

Der Haushaltungsschule in Marienburg wurde wiederum eine Beihilfe von 500 Mk. gewährt, die Ausbildung von freiwilligen Krankenpflegerinnen, welche im Kriegsfalle unbedingt zur Verfügung des Verbandes stehen, ist fortgesetzt worden. Herr Generalarzt Dr. Boretius hat sich der Mühe unterzogen, zwei freiwillige Krankenpflegerinnen in einem viermonatigen theoretischen Cursus mit darauf folgender praktischer Unterweisung in einem Krankenhause auszubilden, auch 13 Frauen und Jungfrauen eine viermonatige Unterweisung auf dem Gebiete der Verwundeten- und Krankenpflege zu ertheilen. Zu den bisherigen Gemeindepflegestationen sind drei neue und zwar zu Lessen, Löbau und Rehden hinzugetreten und von den gleichnamigen Vereinen eingerichtet. Außerdem hat der Verein in Zoppot dort eine zweite Krankenpflegerin angestellt, und der Verein zu Strasburg hat einer vierten neu angestellten Gemeindeschwester die Pflege der Armen nach organisatorischen Gesichtspunkten übertragen. Die Ausgaben des Verbandes für diese Zwecke betrugen 400 Mark. Die Gesammtzahl der unterstützten Vereine ist von 15 auf 24 gestiegen (8 im Regierungsbezirk Danzig, 16 im Regierungsbezirk Marienwerder). Der Betrag der Unterstützungen hat sich von 4570 Mk. auf 7530 Mk. erhöht. Die Zahl der Zweigvereine betrug am Schlusse des Berichtsjahres 56 gegen 55 Ende des Jahres 1897. Die Zahl der Mitglieder betrug 7365 gegen 6835 Ende 1897 und 6458 Ende 1896. Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich im Jahre 1898 auf 24 463 Mark. Das Vermögen sämmtlicher Zweigvereine betrug Ende vorigen Jahres 393 162 Mk. Dem Verein zu Strasburg ist ein Grundstück im Werthe von 30 000 Mk. vermacht worden und dem Verein für den Kreis Putzig hat Herr Rittergutsbesitzer v. Graß-Klanin den Betrag von 23 000 Mk. für die Zwecke des Krankenhausbaues geschenkt. Die Zahl der im Dienste der Zweigvereine stehenden Schwestern beträgt nunmehr 83 gegen 61 im Vorjahre. Der Verein in Zoppot hat die Haushaltungsschule, welche einige Jahre geschlossen war, wieder eröffnet und der Verein in Osche hat eine solche Schule neu eröffnet. Die von dem hiesigen Vaterländischen Frauen-Verein beabsichtigte Erweiterung des Haushaltungsschulunterrichts hat bis zum Schluß des Jahres 1898 noch nicht durchgeführt werden können, ist aber inzwischen zu Ostern dieses Jahres ins Leben getreten. Der Verein für die Stadt Elbing hat sein Interesse einer in unserer Provinz noch recht neuen Einrichtung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege zugewendet. Er hat das Institut der „Hauspflegerinnen" ins Leben gerufen, welche in Krankheitsfällen der Hausfrau in wenig bemittelten und in unbemittelten Familien für die Kranke und deren Kinder sorgen, die Wirthschaft u. a. versehen sollen. Der Verein des Kreises Danziger Niederung hat auf eigenem Grundstücke in Heubude ein Gebäude für die Spielschule herrichten lassen, welches in Kriegszeiten als Reconvalescentenstation dienen soll. Der Verein Culmsee hat sich ein Haus für die von ihm geleitetete Siechenstation für den Kreis Thorn erbaut. Der Verein zu Rosenberg hat in Freystadt eine Krankenstube eingerichtet, und der Verein Konitz hat die ihm im Jahre 1897 überwiesene Drecker'sche Baracke mit vollständiger Einrichtung versehen.

* [Eine Abschiedsrede des Herrn Thomé.] In Stolp fand vorgestern Abend eine festliche Versammlung des dort vor Kurzem gebildeten Eisenbahn-Vereins statt, der sich ein zu Ehren des Herrn Eisenbahndirections-Präsidenten Thomé aus Danzig veranstalteter Commers anschloß. Der Versammlung wohnten aus Danzig die Herren Präsident Thomé und Regierungsrath Menzel bei. Nachdem der Vorsitzende, Herr Bauinspector Kucherli, Herrn Thomé unter Ueberreichung eines Lorbeerkranzes feierlich begrüßt hatte, hielt letzterer eine längere Ansprache, aus der wir nach dem Bericht der „Ztg. f. Hinterp." Folgendes hervorheben:

„Es ist gesagt worden, daß einige in letzter Zeit vorgenommene Einschränkungen des Beamtenstandes ein gewisses Schütteln des Kopfes verursacht hätten. Ich bemerke, daß das keine böse Absicht ist, das ist ein Erforderniß bei sämmtlichen Directionen. Sie wissen alle, daß die Staatsausgaben von Jahr zu Jahr wachsen, für den inneren Ausbau, für Schulen, für Verkehrswege, aber auch für das, was wir gegenwärtig so nöthig haben, für die Armee und die Flotte, um sie kräftig zu gestalten und jeden Angriff von vornherein aussichtslos erscheinen zu lassen. Wer den Frieden will, muß zum Kriege gerüstet und stark sein. Das große Portemonnaie des Staates ist die Eisenbahn, und es muß dafür gesorgt werden, daß dies Portemonnaie Geld behält, und Sie wissen alle, wenn man etwas erreichen will, so muß man mit kleinem anfangen, diese Kleinigkeiten vermehren sich aber hundertfach und tausendfach und dadurch erreicht man etwas. Das hat die Directionen veranlaßt, Sparsamkeit zu üben. Wenn es so sein sollte, daß jemand zu viel aufgebürdet ist, so dürfen Sie überzeugt sein, daß eine berechtigte Beschwerde wohlwollend angehört und erledigt werden wird. Der Hauptpunkt aber, weshalb ich gerne hier sein wollte, ist der, daß ich meiner Freude darüber Ausdruck geben wollte, daß es hier gelungen ist, einen an Mitgliedern so überaus zahlreichen Verein in so kurzer Frist zu gründen, der die Beamten und Arbeiter fast aller Handwerke bei der Eisenbahn umfaßt. Der dritte Grund, weshalb ich mich heute eingefunden habe, ist der, daß meines Bleibens in diesem Bezirk nicht mehr lange ist. Ich bin nicht in der glücklichen Lage, länger hier in meiner amtlichen Thätigkeit bleiben zu können, ich bin, wie Sie wissen, nach Frankfurt a. M. versetzt. Es thut mir unendlich leid, aus dem Bezirke hier weggehen zu müssen, der mir lieb geworden ist; ich habe keinen einzigen Grund, sagen zu können: ich sehne mich von hier fort. Aber als mein Dienstvorgesetzter, unser verehrter Chef, zum zweiten Male anklopfte, einen größeren Bezirk zu dirigiren, nachdem ich schon einmal Breslau ausgeschlagen, mußte ich folgen. Also ich muß heute von Ihnen Abschied nehmen. Ich nehme von dem Bezirke Abschied, von der gesammten Beamtenschaft und Arbeiterschaft. Ich rufe allen Glück und Heil zu und wünsche Ihnen alles gute, was die Vorsehung geben kann."

---

* [Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft.] Nachdem gestern Nachmittag die Delegirten der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit ihren Damen in mehreren Kremsern eine Fahrt nach Oliva unternommen hatten, fand Abends in der Schießhalle des Schützenhauses ein gemüthliches Beisammensein zur Begrüßung der Theilnehmer der diesjährigen Genossenschaftsversammlung statt. Nachdem der Meisterbund „Bauhütte" die Gäste durch musikalischen Festgruß bewillkommnet hatte, hielt Herr Obermeister Herzog eine kurze Begrüßungsansprache und brachte mit dem Wunsche, daß die heutige Arbeit zum Wohle der Baumeister und Arbeiter gedeihen möge, ein Hoch auf das deutsche Baugewerbe aus. Nach humoristischen Vorträgen einiger Theilnehmer brachte Herr Baumeister Kraus-Berlin in Vorschlag, das nachstehende Telegramm abzusenden und erhielt dazu die Zustimmung der Versammlung:

„Die bei Gelegenheit am Vorabend der Delegirten-Versamlung der nordöstlichen Bergwerks-Berufsgenossenschaft versammelten Fachgenossen senden dem Bauarbeitgeberbund Berlins und dessen Vororten collegialischen Gruß und versichern demselben volle Sympathie in dem von den Maurern Berlins frivol hervorgerufenen Streik. Die aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg und Pommern anwesenden Collegen versprechen den Berliner Collegen ihre Unterstützungen in dem aufgezwungenen Kampfe.

J. A.:

Kraus. Herzog. Müller.

Heute früh wurde unter Führung der Herren Reichenberg und Heinz der Artushof, das Rathhaus und das Franziskanerkloster besichtigt und gegen 10 Uhr begann im Sitzungssaale des Landeshauses die ordentliche Genossenschafts-Versammlung, der außer den Delegirten der Herr Director des Reichsversicherungsamtes in Berlin, die Herren Regierungs- und Gewerberath Trilling-Danzig und Regierungsassessor Dr. Hassel vom Oberpräsidium beiwohnten. Herr Bürgermeister Trampe, am Erscheinen behindert, begrüßte als Vertreter des Magistrats die Versammlung schriftlich. Der Vorsitzende, Herr Baumeister Felisch, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Theilnehmer und schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf den Kaiser. Nachdem festgestellt worden war, daß aus den fünf zur Genossenschaft gehörenden Provinzen 75 Delegirte anwesend sind, wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder der Genossenschaft durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Vorsitzende gab hierauf eingehende Erläuterung über den Verwaltungsbericht für das Jahr 1898, dem wir Folgendes entnehmen:

Die gesammten im Jahre 1898 gezahlten Unfallentschädigungen betrugen 2 251 969,93 Mk. Hiervon gehen ab: die auf die Versicherungsanstalt entfallenden Beiträge mit rund 160 388,83 Mk. und die von andern Berufsgenossenschaften etc. zu erstatteten Unfallentschädigungen 2052,87 Mk., zusammen 162 441,70 Mk. Es bleiben also zur Umlage 2 089 528,23 Mk. An Beiträgen für 1897 waren zur Zeit des Abschlusses der Heberollen in Folge fruchtloser Zwangsbeitreibung berücksichtigter Reclamationen, Auswanderung und Ablebens ausgefallen und wegen noch nicht beendeten Erhebungs- bezw. Beitreibungsverfahrens rückständig bei den 5 Sectionen 21 996,09 Mk. Nach dem Geschäftsbericht für 1897 betrug die Soll-Umlage 2 131 743,22 Mk., hierauf sind eingezogen 2 109 747,13 Mk., sodaß noch der Betrag von 21 996,09 Mk. als Ausfall umzulegen ist. Nach dem Rechnungs-Abschluß pro 1898 betrug das Soll 2 227 378,62 Mark, die eingezahlten Beitrags-Vorschüsse, Cautionen etc. der Genossenschaftsmitglieder 2 023 575,69 Mk., die eingezahlten Beitragsvorschüsse der Selbstversicherer 42 092,10 Mk., zusammen 2 065 667,79 Mk.; hierzu kommt der Saldo-Vortrag von 161 710,83 Mk., so daß das Soll und Haben mit 2 227 378,62 Mk. balancirte. Nach der Vermögens-Uebersicht bis ultimo Dezember 1898 betrug der Reservefonds 5 480 969,01 Mark, der Betriebsfonds 1 674 867 Mk., das Immobilien-Conto 32 382,20 Mk., der Kassenbestand 178 277,74 Mk., der Werth des Inventars 24 311,80 und der Gesammtwerth 7 390 807,75 Mk. Im Jahre 1898 wurden gemeldet 7694 Unfälle gegen 7257 im Jahre 1897. Davon sind eingetreten in Bezirken der Section 1 3938, Section 2 1544, Section 3 902, Section 4 540, Section 5 770 Unfälle. Vor Ablauf der 13. Woche nach dem Unfalle ist völlige Erwerbsfähigkeit eingetreten in 6074 Fällen, es blieben also zu entschädigen 1620 Unfälle. Die in den 5 Sectionen gezahlten Entschädigungen bezifferten sich auf zusammen 2 071 642,12 Mk., dazu kommen die Kosten für Aufwendungen in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall für die 5 Sectionen mit zusammen 17 886,11 Mk., so daß die Summe der zur Umlage kommenden Entschädigungen 2 089 528,23 Mk. beträgt.

Nach dem Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Bericht über die Erledigung der Beschlüsse der vorjährigen Genossenschaftsversammlung und nachdem Herr Rathszimmermeister Behrensdorff-Thorn über die Jahresrechnung für 1898 der Berufsgenossenschaft und der Versicherungs-Anstalt Bericht erstattet hatte, wurde dem Rechnungsleger Decharge ertheilt. Zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Herr Rathszimmermeister Schwager-Berlin, zum Ersatzmann für denselben Herr Hof- und Amtszimmermeister Hertling-Charlotterburg einstimmig wiedergewählt. Desgleichen wählte man die nach der Wahlperiode ausscheidenden fünf Vorstandsmitglieder, Herren Raths-Zimmermeister Robert Otto-Berlin, Maurer- und Zimmermeister Bräutigam-Freienwalde a. O., Maurermeister Alb. Müller-Stettin, Zimmermeister Herzog-Danzig und Baumeister Gutzeit-Königsberg und als Ersatzmänner die Herren Maurermeister Böhme-Berlin, Maurermeister Axhausen-Landsberg, Maurermeister Bettenstadt-Stettin, Maurermeister Prochnow-Danzig und Zimmermeister Bähring-Königsberg einstimmig wieder. Als dritter Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Herr Raths-Zimmermeister Otto-Berlin und in den Ausschuß der Vorprüfung der Jahresrechnung für 1899 die bisherigen Vertreter aus den fünf Sectionen gewählt.

Nach längerer Discussion über die Berathung des Etats für die Berufsgenossenschaft pro 1900 wurde derselbe für die Verwaltungskosten auf 148 000 Mk., für die Schiedsgerichte auf 62 000 Mark, in Summa in Einnahme und Ausgabe auf 210 000 Mk. und für die Versicherungs-Anstalt auf 38 750 Mk. festgesetzt.

Ueber die Revision des Gefahrentarifs auf Grund des § 28 Absatz 5 des Unfallversicherungsgesetzes referirte u. a. Herr Baumeister Gutzeit-Königsberg und Herr Geh. Regierungsrath Director im Reichsversicherungs-Amt Pfarrius gab die erforderlichen Erläuterungen, worauf nach längerer Discussion der vorgelegte Entwurf für den Gefahren-Tarif mit den vorgeschlagenen Abänderungen angenommen und gleichzeitig beschlossen wurde, denselben schon für die Umlage pro 1899 in Kraft treten zu lassen.

Gegen 1 Uhr wurde eine Frühstückspause gemacht, nach der die Verhandlungen fortgesetzt wurden. In der Zwischenzeit hatten die Damen der Theilnehmer des Genossenschaftstages noch die Oberpfarrkirche zu St. Marien, die Markthalle u. s. w. besichtigt und im Hotel „Deutsches Haus" ein Frühstück eingenommen. Nach Schluß der Sitzung sollte um $3^1/_2$ Uhr eine Seefahrt mit Anlegen an der Westerplatte nach Zoppot unternommen werden, woselbst im Kurhause gemeinsames Essen stattfindet.

---

* [Zum Präsidentenwechsel bei der hiesigen Eisenbahn-Direction.] Wie uns mitgetheilt wird, ist die Versetzung des Herrn Eisenbahn-Directions-Präsidenten Thomé nach Frankfurt am Main inzwischen officiell erfolgt. Hiernach wird Herr Thomé am 1. August d. J. die Geschäfte des Präsidenten bei der Eisenbahn-Direction in Frankfurt a. M. übernehmen. Zu demselben Zeitpunkte dürfte dann wohl auch sein Nachfolger, Herr Ober-Regierungsrath Greinert in Königsberg, die Präsidentengeschäfte bei der hiesigen Eisenbahn-Direction übernehmen.

---

* [Verbandstag der ost- und westpreußischen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften.] Ueber den zweiten Hauptverhandlungstag ist Folgendes zu berichten:

Der Verbandsdirector sprach über die „Bürgschaft nach dem Handelsgesetzbuch und dem bürgerlichen Gesetzbuch". Nach seinen Ausführungen über die gesetzlichen Bestimmungen über diesen Punkt ersuchte er die Vertreter der Vereine Folgendes zu beobachten: 1. Bürgschaftserklärungen sollen nur schriftlich angenommen werden. 2. In diese Erklärungen sollte in jedem Falle die Klausel aufgenommen werden, daß der Bürge als Selbstschuldner haftet oder auf die Einrede der Vorausklage verzichtet. 3. Nicht zu empfehlen ist, daß Genossenschaften Forderungen, für welche Bürgschaft geleistet ist, ohne vorherige Genehmigung des Bürgen stunden. 4. Genossenschaften sollten nie für unbegrenzte Summen oder auf unbestimmte Zeit Bürgschaft leisten.

Justizrath Quassowski-Gumbinnen hielt einen Vortrag über „Die Ehefrau in ihrer Bedeutung für die Genossenschaften nach dem bürgerlichen Gesetzbuch". Es sprach darauf Postsecretär Weidemann-Insterburg über den Postcheckverkehr. Im Anschluß daran erörterte der Verbands-Secretär die Frage, inwieweit der Postcheckverkehr auch für unsere Genossenschaften von Nutzen sein könne. Er kam dabei zu dem Resultat, daß dieser Verkehr sich namentlich für kleine Gewerbetreibende an solchen Orten, in denen Reichsbankstellen nicht vorhanden sind, als recht vortheilhaft erweisen dürfte. Auch für die Genossenschaften kann diese Einrichtung sich heute recht fruchtbar gestalten, besonders im Sparkassenverkehr. Dringend wünschenswerth sei aber zunächst die Errichtung von Checkverbänden, deren bis jetzt erst fünf vorhanden seien. Die Versuche zur Gründung weiterer Verbände dieser Art werden eifrig fortgesetzt; beim Gelingen dieser Versuche würden auch für den Verkehr der Genossenschaften untereinander erhebliche Erleichterungen geschaffen. — Der Verbandsdirector empfahl ferner den allgemeinen Genossenschaftstag in Berlin, bei welcher Gelegenheit die Enthüllung des Schulze-Delitz'schen Denkmals stattfinden soll, seitens der Genossenschaften recht zahlreich zu beschicken. Durch das Loos wurde entschieden, daß dem Verein Wormditt das Recht zusteht, auf Kosten des Verbandes einen Deputirten nach Berlin zu schicken. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Angerburg auf die Einladung der dortigen Vertreter gewählt. — Zum Verbandsdirector wurde wieder Herr Rechtsanwalt Wolski-Allenstein, zu seinen Stellvertretern Director Anbuhl-Insterburg und Landschafts-Syndicus Heidemann-Königsberg gewählt.

---

* [Verweigertes Geläut.] Aus der Danziger Nehrung wird uns heute von vertrauenswürdiger Seite zur Veröffentlichung Folgendes mitgetheilt:

Eine Patientin eines Stutthöfer Arztes, die wegen Geistesstörung vom 30. April bis 12. Mai 1899 in ärztlicher Behandlung stand, und nach dem von dem betreffenden Arzte zum Zwecke der Aufnahme in eine Irrenanstalt ausgestellten Atteste Neigung zum Selbstmorde zeigte, übte am 20. d. Mts. an sich Selbstmord. Die Patientin konnte seiner Zeit in die Irrenanstalt nicht aufgenommen werden, weil dieselbe überfüllt war. Der Geistliche des Kirchspiels Steegen verweigert nun das Läuten, obgleich das ärztliche Attest vorliegt, und auch von einwandfreien Zeugen bezeugt wird, daß die Frau sich in unzurechnungsfähigem Zustande das Leben genommen hat. Der betreffende Seelsorger will zwar die Leichenrede halten, aber gerade Läuten nicht gestatten, woran den sehr religiösen Angehörigen sehr viel liegt. Der Geistliche meint, daß die Kirchenordnung es nicht gestatte, was aber doch für den vorliegenden traurigen Fall wohl kaum als maßgebend anzunehmen ist.

---

* [Zum hiesigen Tollwuthfalle.] Bei dem am 18. Juni cr., Abends, in dem Hebel'schen Garten (am Olivaerthor Nr. 6) getödteten Hunde ist amtlich der dringende Verdacht auf Tollwuth festgestellt worden. Der Hund, klein, langhaarig, schwarz mit weißer Kehle und weißen Pfoten, ohne Halsband und Maulkorb hat sich am genannten Tage Nachmittags von gegen 5 bis nach 8 Uhr in der Gegend des Olivaerthores und des Bahnhofes herumgetrieben und ist es nicht ausgeschlossen, daß er außer den bis jetzt ermittelten Personen noch andere Personen oder Thiere gebissen hat. Der Herr Polizeipräsident erläßt nun einen Aufruf, ihm etwaige Mittheilungen hierüber, sowie über den Eigenthümer und die Herkunft des Hundes schleunig zukommen zu lassen.

---

* [Detaillisten-Versammlung.] Um Stellung zu dem hier eingeführten Rabattmarken-System zu nehmen, hatte sich auf besondere Einladung eine größere Anzahl von Inhabern hiesiger Ladengeschäfte zu einer Versammlung im Gewerbehause vereinigt, in welcher der Vorsitzende Herr A. Kirchner zunächst das hier angekündigte Rabattmarkensystem und dessen Einführung durch die Firma Tischmann u. Co. besprach und seine Bedenken gegen dasselbe äußerte. Redner meint, daß man hierbei den Detaillisten Handlangerdienste zumuthe und daß diese dagegen ankämpfen müßten. Es werde sich empfehlen, das Sparmarkensystem, welches nun einmal bei den Hausfrauen vielen Anklang gefunden hat, beizubehalten, nur die Verwendung der ersparten Marken soll eine andere werden. Es werde daher ein Zusammenschluß der hiesigen Geschäftsleute geplant, welche eine Centralkasse gründen, in der die Marken verausgabt und eingelöst werden. Jeder Sparer soll dabei das Recht haben, bei irgend einem, der Genossenschaft angehörigen Kaufmann für seine Sparmarken zu kaufen, was er will, während der Geschäftsinhaber sich an der Centralkasse den Betrag der Sparmarken, die bei ihm in Zahlung gegeben sind, in Baar ausbezahlen läßt. Auf den Vorschlag des Herrn Sontowski wurde nun ein Comité, bestehend aus den Herren Kirchner, Scheller, Sontowski, Schulemann, Post, Grunert, Sohn, Kreft, Franz, Rohde, Evers, Steinbrück, Mensahn und Schröder, gewählt, welches einer später einzuberufenden Versammlung fest formulirte Vorschläge machen soll. Auf Vorschlag des Herrn Pfeifer, der viel Beifall fand, gab man dem Comité den Vorschlag zur Erwägung, eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu bilden, um die Verwaltungskosten zu decken, der Gewinn, der erzielt werden würde, solle dann allen Genossen zu gute kommen.

---

* [Sommerfest.] Einen trotz des nicht allzu freundlichen Wetters recht gelungenen Ausflug unternahm gestern das Offiziercorps des Landwehrbezirks Danzig. Um $^1/_2$4 Uhr versammelten sich die Mitglieder mit ihren Damen auf dem Dampfer „Richard Damme", der die Theilnehmer nach Heubude führte, wo bei fröhlichem Zusammensein und Waldspaziergängen die Zeit schnell dahinfloß. Bei der Abendtafel im Specht-Manteuffel'schen Etablissement toastete Herr Oberstleutnant und Bezirkscommmandeur Haacke auf die Damen, Herr Staatsanwaltschaftsrath, Hauptmann Dr. Tschirch auf Herrn Oberstleutnant Haacke, welchen Trinkspruch dieser mit einem solchen auf die Kameradschaft beantwortete. Herr Rittergutsbesitzer, Hauptmann Schrewe widmete sein Glas der Verwaltungscommission. Nach einem flotten Tänzchen wurde um 11 Uhr die Rückfahrt angetreten.

---

* [Zum westpr. Provinzial-Schützenfest.] Die Direction der Marienburg-Mlawkaer Bahn hat ihre Dienststellen angewiesen, am 22. und 23. Juli nicht nur an die an dem Fest Theil nehmenden Schützen, sondern an jeden, der an dem Fest Theil nehmen will, einfache Fahrkarten 1. bis 3. Klasse nach Thorn mit Giltigkeit bis zum 26. Juli einschl. auszugeben.

---

* [Jubiläum.] Herr Pfarrer Graentz in Müggenhahl (Danziger Werder), Sohn eines früheren Danziger Lehrers, vollendete vorgestern eine 25jährige Amtswirksamkeit. Gemeinde-Kirchenrath und Gemeindevertretung brachten dem Jubilar, der sich weiteren Ovationen durch einen kurzen Aufenthalt in Zoppot entzogen hatte, die Glückwünsche der Gemeinde und als Ehrengabe zwei silberne Armleuchter dar. Die Glückwünsche der Geistlichkeit der Diöcese übermittelte Herr Superintendent Dr. Claaß aus Praust.

---

* [Torpedoboote.] Nach einer hier eingegangenen Privatnachricht sind die von der Schichau'schen Werft in Elbing für die chinesische Regierung erbauten fünf Torpedoboote am 10. d. M. an ihrem Bestimmungsorte Tientsin, nachdem sie auf der letzten Strecke eine ziemlich schwere Fahrt zu machen hatten, glücklich angelangt. Dem Führer eines der Boote, Herrn Capitän Georg Krüger, waren zwei Heizer schwer erkrankt. Dieselben mußten bei Singapore an Land gebracht und an deren Stelle zwei Araber eingestellt werden.

---

p. [Apothekergehilfenprüfung.] Am 19. und 20. d. fand bei der hiesigen Regierung durch die Commission, bestehend aus den Herren Regierungs-Medizinalrath Dr. Bornträger, Apotheker Scheller und Hildebrand, eine Apothekergehilfenprüfung statt. Es bestanden die Candidaten Karl Damaschke aus Danzig Casimir Guischard aus Skurz.

-r. [Ausgehobenes Diebeslager.] Gelegentlich einer von der Criminalpolizei bei dem Einbrecher Just vorgenommenen Haussuchung wurde dort noch ein ganzes Waarenlager vermuthlich gestohlener Sachen vorgefunden. Beschlagnahmt wurden mehrere neue schwere Hausthürschlösser, neue gußeiserne Ofenthüren, ein kupferner Kessel, mehrere Malerpinsel, neue Thürbänder, eine Menge Tischlerhandwerkszeug sowie verschiedene andere Gegenstände. Alle diese Sachen sind im Bureau der Criminalpolizei zu besehen und können dort von den Eigenthümern in Empfang genommen werden. — Außerdem lagert ebenda noch immer ein $2^1/_2$ Meter langes Stahllineal, das einem Manne abgenommen wurde, als er es verkaufen wollte und sich über den redlichen Besitz desselben nicht ausweisen konnte.

---

* [Prämiirt.] Welchen Beifall unsere Danziger Postkarten finden, beweist die soeben der Firma Clara Bernthal hier auf der internationalen Ausstellung in Nizza verliehene große silberne Medaille für Umfang und lobenswerthe Ausführung ihrer ausgestellten Postkarten-Collection.

---

* [Ernennung.] Der gestrige Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Herrn Postinspector Weineck in Danzig zum Postrath.

---

* [Buchbinder-Innung.] In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Buchbinder-Innung wurde zum Obermeister derselben Herr Braunschmidt gewählt. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wählte man die Herren Buchbindermeister Fliege, Gaebel, Knorr und Zander.

---

* [Rennpreise.] Die Rennpreise des Westpreußischen Reiter-Vereins, welche wie alljährlich vom Juwelier C. H. Danziger in der Langgasse geliefert werden, stehen im Schaufenster desselben aus und ziehen durch ihre schönen und eigenartigen Formen die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich. Vor allem müssen der Preis des Kaisers, bestehend in einem großen Coup mit zwei Büffelhorngriffen hervorgehoben werden; sowie der Champagnerkühler des Prinzen Friedrich Leopold (als Protector des Vereins) und der Preis der Stadt Danzig, eine große massiv silberne Bowlenkanne mit cisilirtem Stadtwappen und Ansicht des Rathhausthurmes auf dem Deckel. Als Ehrenpreis der Damen der Stadt und Umgegend ist als erster Preis eine Garnitur kunstvoll gearbeiteter Schüsseln (Braten-, Fisch- und Gemüseschüssel) gestiftet, als zweiter Preis ein großer getriebener Pokal, als dritter Preis ein Zuckerkasten ausgesetzt. Im ersten Jagd-Rennen ist als erster Preis ein großer Humpen, auf welchem eine Weinranke sich plastisch getrieben abhebt, als zweiter Preis ein paar Weinkannen und als dritter Preis ein Cigarettenkasten. Ferner sind noch ausgestellt ein Weichselpreis, als zweiter Preis ein Brett, als dritter Preis ein Cigarrenleuchter, im Empirstil gehalten. Als zweiter Preis im Kaiser-Rennen ist ein ca. $^1/_2$ Meter hoher Becher, im Empirestil auffällig, sowie zur Seite der Stadtkanne als dritter Preis eine Salatière. Ferner sind eine größere Anzahl von ganz glatten Bechern mit dem Vereinswappen im Etui ausgelegt, welche für die Züchter der siegenden Pferde bestimmt sind. — Noch drei Preise dürften bemerkt werden, welche für das Artillerie-Rennen in Hammerstein bestimmt sind, es sind dieses als erster Preis ein Pokal, als zweiter Preis ein Etui mit 6 Serviettenringen in Steigbügelform und als dritter Preis eine Cigarrettentasche. Sämmtliche Sachen bestehen aus massivem Silber.

[Polizeibericht für den 21. Juni.] Verhaftet: 9 Personen, darunter: 5 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Einbruchs, 1 Corrigende, 2 Obdachlose. — Gefunden: 1 Medaille (Andenken an Kairo in Berlin 1896), 1 Korallenhalskette, Quittungskarte der Näherin Rosalie Magdalene Suter, Krankenkassenbuch für Karl Schnick, Quittungskarte des Arbeiters Wilhelm Urban, im Geschäft des Herrn Rudolphy zurückgeblieben; 1 Rosenkranz, 1 Lineal, 1 Farbemurke von M. Grunenberg, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction, am 12. April cr. 1 schwarzer Regenschirm, am 23. Mai cr. 1 Regenschirm, abzuholen aus dem Polizei-Revier-Bureau Goldschmiedegasse 7. — Verloren: 1 schwarzes Portemonnaie mit ca. 6 Mk. und Eisenbahnmonatskarte für Ida Stramm, abzugeben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

© Zoppot, 21. Juni. Gestern Nachmittag wurde eine männliche Leiche bei Glettkau an den Strand getrieben und als diejenige des zweiten der am ersten Pfingstfeiertage verunglückten Gebrüder Hildebrandt recognoscirt. Heute früh wurde endlich auch die Leiche des dritten Verunglückten, Arbeiters Skellnik, bei Brösen aufgefischt, so daß nun alle drei Leichen der Theilnehmer an jener unglücklich verlaufenen Lustfahrt geborgen sind.

b. Aus dem Kreise Neustadt, 20. Juni. Wie tief die Bewohner des nördlichen Theiles des Kreises Neustadt noch im Aberglauben stecken, zeigte folgende Geschichte, welche sich vor einiger Zeit zugetragen hat. In dem Dorfe Strebelin starb im Februar d. Js. ein Instmann mit Namen Mrosky. Derselbe wurde auf dem Kirchhofe zu Lusino begraben. In ganz kurzer Zeit erkrankten in der zurückbleibenden Familie fünf Kinder im Alter von 10 bis 20 Jahren. Da zufällig der Arzt, Dr. Sachse aus Lusino, den Ort besuchte, stellte er bei den Erkrankten Typhus fest. Ohne auf das Urteilh des Arztes zu achten, wurden die Kranken ohne besondere Pflege behandelt, da bei den Leuten im Dorfe allgemein der Aberglaube verbreitet war, der Verstorbene hole die Erkrankten nach und die ganze Familie werde aussterben, wenn mit dem Verstorbenen nicht eine Manipulation vorgenommen würde, welche gegen solche Fälle ein untrügliches Mittel sein sollte. Die Folge der schlechten Behandlung der Typhuskranken war, daß in schneller Folge zwei Mädchen im Alter von 18 und 15 Jahren und ein Knabe von 10 Jahren starben. Um der Familie zu helfen, bemühten sich angesehene Besitzer, vom Herrn Pfarrer zu Lusino die Erlaubniß zu erhalten, den Todten aufzugraben und ihm, was als wirksam erachtet wurde, im Sarge den Kopf abzuschlagen. Daß die Zustimmung hierzu gegeben wurde, ist nicht anzunehmen. Wohl aber sollen sich zwei beherzte Männer gefunden haben, heimlich das Grab des Mrosky aufzugraben und dem Verstorbenen den Kopf abzuschlagen. Von einem Zwiegespräche, daß diese Männer mit dem Todten gehabt haben sollen, wird Unglaubliches erzählt. Was nun die Leute in ihrem Aberglauben bestärkt, ist, daß das eine Kind, welches schwer krank in das Krankenhaus gebracht worden ist, nach oben geschildertem Vorgange gesund geworden ist. Jedenfalls hat die richtige Behandlung und gute Pflege die Krankheit gehoben und nicht der Fanatismus des Aberglaubens.

♂ Marienwerder, 21. Juni. Ein für die Weichselniederungen interessanter Prozeß ist vor kurzem vor dem Ober-Verwaltungsgericht in Berlin zur endgiltigen Entscheidung gekommen. Vor längerer Zeit beanspruchte die Ortschaft Kl. Grabau im Kreise Marienwerder vom Strombaufiscus zwei kulm. Hufen Außendeichländereien bezw. Kämpen als Eigenthum. Die Klage der Ortschaft wurde jedoch in der Endinstanz abgewiesen, weil sich der Fiscus auf das Verjährungsrecht, d. h. 40 jährigen Besitz, stützen konnte. Die Gemeinde zog nunmehr den Fiscus zu den Ortsabgaben heran. Hiergegen klagte derselbe. Er ist jetzt aber vom Ober-Verwaltungsgericht in letzter Instanz verurtheilt worden und hat für das Jahr 1895 1412,43 Mk. und für das Jahr 1896 1455,38 Mk. Communalsteuer nachzuzahlen.

W. Elbing, 21. Juni. Der Prozeß gegen den Landwirth Regenbrecht und Genossen aus Schöneberg a. W. wegen Meineides, betrügerischen Bankerotts etc. wurde am heutigen, dritten Verhandlungstage, noch nicht zu Ende geführt. Es ist zweifelhaft, ob schon morgen der Prozeß beendet wird; wahrscheinlich ist es vielmehr, daß dieses erst Freitag geschieht. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Stroh, stellte heute den Antrag, den Angeklagten Regenbrecht auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Herr Kreisphysicus Dr. Deutsch gab sein Gutachten dahin ab, daß R. geistig durchaus zurechnungsfähig sei. Heute wurde um 9 Uhr Abends die Verhandlung vertagt; 16 Zeugen sind noch zu vernehmen.

H. Dragaß (Kreis Graudenz), 21. Juni. Hierselbst wurde der Büffetier Jablonowski wegen Falschmünzerei verhaftet und an das Gerichtsgefängniß in Graudenz abgeliefert. Der Verhaftete steht unter dem Verdachte, falsche Dreimarkstücke hergestellt zu haben. Jablonowski betrieb noch vor etwa zwei Jahren ein Materialwaaren- und Schankgeschäft in Elbing, gerieth in Concurs und wurde wegen betrügerischen Bankerotts zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt. Die gegen Jablonowski gerichtete Anzeige wurde durch dessen Schwiegermutter in Elbing erstattet.

Illowo, 17. Juni. Heute Mittag wollte ein polnischer Auswanderer heimlich die russische Grenze passiren und wurde, als er sich schon auf preußischem Gebiet befand, von einem russischen Grenzsoldaten, der noch zwei Hunde auf ihn hetzte, verfolgt und durch einen Schuß am Kopf schwer verwundet. Als er sich dennoch mühsam fortschleppte, eilte der Soldat hinzu und betäubte ihn vollends durch einen Schlag mit dem Gewehrkolben. Hinzukommende Arbeiter störten den Grenzwächter an seinem weiteren Vorhaben und holten einen Arzt herbei, der den Mann in Behandlung nahm. Es ist Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten. Herr Landrath Schulz war bereits heute hier, um den Thatbestand aufzunehmen.

* Die Wahl des littauischen Abg. Smalakys im Wahlkreise Memel-Heydekrug, welcher bei der Stichwahl mit 7818 Stimmen gegen den conservativen Grafen Waldersee mit 6456 St. gewählt war, beantragt die Wahlprüfungscommission für giltig zu erklären, obwohl bei der Haupt-, wie bei der Stichwahl oft gerügte Verstöße gegen die Vorschriften des Wahlgesetzes und -Reglements mit unterlaufen sind. Die Wahlprüfungscommission

schlägt deshalb vor, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Reihe von Punkten des Wahlprotestes der Regierung zur weiteren Veranlassung zu übermitteln.

Vermischtes.

Havanna-Cigarren.

Vor einiger Zeit verlautete, daß sich in England und Amerika neben dem durch die Vereinigung der Havanna-Cigarrenfabriken Henry Clay und Bock u Co., die im vorigen Jahre noch eine Anzahl von bedeutenden Fabriken in der Havanna aufgekauft, geschaffenen Syndicat ein zweites Syndicat bilde, um die übrigen Fabriken aufzukaufen, und daß, wenigstens bis zur Vereinigung beider Syndicate, die Raucher echter Havanna-Cigarren aus dem Kampfe zwischen beiden den Vortheil billiger Preise haben müßten. Leider ist nach der „Voss. Ztg." die Concurrenz-Gesellschaft nicht zu Stande gekommen: die beiden feindlichen Syndicate haben sich schon jetzt, ehe sie noch in Thätigkeit getreten sind, vereinigt, und wollen nun vereint den Rauchern der ganzen Welt die Preise dictiren. Allerdings giebt es in der Havanna noch eine Anzahl von Fabriken, die nicht von dem Syndicat angekauft sind, aber sie sind nicht bekannt und liefern auch nur verhältnißmäßig wenig Cigarren. Der Vereinigung gehören alle bekannten Fabriken, deren Cigarren von Kennern gesucht sind, an. Das sind traurige Aussichten, allerdings steht in den Mittheilungen über diese neue Gesellschaft, welche über ein Kapital von 20 000 000 Dollar (gleich 85 Millionen Mark) verfügen soll, nichts davon, daß der Preis der Cigarren erhöht werden soll; ganz im Gegentheil die Hoffnung, daß die Gesellschaft, die künftighin sozusagen die einzige Käuferin für den Havanna-Tabak sein wird, den Preis des Rohtabaks um 40 Procent wird drücken können, dürfte bei vielen die Hoffnung erwecken, daß die Gesellschaft nun die Preise für die aus dem billig gekauften Tabak gefertigten Cigarren herabsetzen wird. Diese Hoffnung wird sich aber bald als verfehlt erweisen; wie die Gesellschaft die einzige Käuferin von Havanna-Tabak sein wird, so wird sie auch die einzige Verkäuferin von Havanna-Cigarren sein, und man braucht nicht daran zu zweifeln, daß sie dieses nach besten Kräften ausnutzen wird. Die einzige Hoffnung für die gefährdeten Käufer von echten Havanna-Cigarren ist, daß, wenn der Preis zu hoch wird, nur noch Nabobs sich diesen Luxus erlauben können, und daß die Nothwendigkeit, einen genügenden Absatzkreis für ihre Cigarren zu erhalten, die Leiter des Syndicates zwingen wird, sich bei Feststellung der Preise nicht allzu großen Ausschreitungen hinzugeben.

* **[Ueberreichung einer Rettungsmedaille durch den Kaiser.]** Eine außerordentliche Auszeichnung durch den Kaiser ist dem Artilleristen Reinhold Puschendorf aus Silbitz i. Th. vom 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment zu Theil geworden. P. rettete im Alter von kaum zwölf Jahren einen achtjährigen Schulknaben aus der hochgehenden Elster unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens und erhielt für diese brave That vom Kaiser am 8. Juli 1892 die Medaille zur Erinnerung an Rettung aus Gefahr. Gelegentlich der jüngsten Parade des genannten Regiments vor dem Kaiser rief der Monarch, wie wir nachträglich erfahren, den Lebensretter vor die Front, ließ sich jene That eingehend erzählen und überreichte ihm dann persönlich die Rettungsmedaille am Bande. Hierauf gab der Kaiser dem Artilleristen die Hand, schüttelte sie kräftig und sagte dabei: „Ich gratulire dir. Die Thüringer können doch mehr als Kuchen essen; sie können als zwölfjähriger Knabe schon Menschenleben retten. Halte dich immer so brav, mein Sohn!" Als der Kaiser dann nach Schluß der Parade im Offizier-Casino des Regiments zu Tisch weilte, sandte er dem jungen Artilleristen „zur Stärkung für die nächste Lebensrettung" eine Flasche Sekt.

Berlin, 22. Juni. Bei dem Neubau der Charité stürzte gestern Nachmittag ein Baugerüst ein, das bereits das dritte Stockwerk erreicht hatte. Vier Arbeiter wurden unter dem herabstürzenden Gebälk begraben und schwer verletzt.

Standesamt vom 22. Juni.

Geburten: Arbeiter Johann Tarnowski, T. — Kellner Johann Wank, T. — Banquier Abraham Albert Fürst, S. — Hilfshoboist und überzähliger Unteroffizier im Infanterie-Regiment Nr. 128 Hermann Schober, T. — Maschinenbaugehilfe Karl Kunkel, T. — Schuhmachergeselle Alfred Koßnick, S. — Kgl. Schutzmann Heinrich George, S. — Malergehilfe Johannes Schlya, S. — Malergehilfe Emil Postell, S. — Geprüfter Locomotivheizer Emil Stiehlau, T. — Wagenführer der elektrischen Straßenbahn Otto Wittke, T. — Arbeiter Gustav Bergmann, T. — Gärtner Gustav Freybitter, T. — Unehel.: 1 S., 1 T.

Aufgebote: Schuhmachergeselle Rudolph Albert Rebischke und Karoline Mathilde Barwich, geb. Schulz, hier. — Bote Albert Anton Plicht hier und Elvira Bertha Faust zu Ohra. — Bäckermeister Karl Richard Schulz und Johanna Franziska Matriciani, beide hier.

Todesfälle: Magazin-Aufseher beim königl. Proviantamt Gustav Kühn, fast 61 J. — Frau Louise Lietz, geb. Tresp, fast 38 J. — Arbeiter Johann Friedrich Theodor Kort, 36 J. — S. des Feuerwehrmanns Hermann Schewe, todtgeb. — Wäscherin Marianna Lewark, fast 57 J. — S. d. Schiffszimmergesellen Hermann Peters, 12 W. — Buchhalter Hermann Paul Julius Wolff, 74 J. 7 M. — Frau Elisabeth Browatzki, geb. Frey, 27 J.

Danziger Börse vom 22. Juni.

Weizen in matter Tendenz und Preise schwach behauptet. Bezahlt wurde für inländischen rothbunt 745 Gr. 157 M, hellbunt mit Geruch 734 Gr. 155 M, hellbunt 706 Gr. 159 M, weiß 764 Gr. 161 M, für polnischen zum Transit blauspitzig 759 Gr. 110 M per Tonne.

Roggen fester, bis 1 M höher. Bezahlt ist inländischer 738 Gr. 142 M, 685 Gr. und 717 Gr. 143 M, polnischer zum Transit 714 u. 732 Gr. 109 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ohne Handel. — **Hafer** inländ. 128, 132 M per Tonne bez. — **Erbsen** inländ. weiße mittel 120 M, poln. zum Transit Golderbsen 121 M per Tonne gehandelt. — **Pferdebohnen** inländ. 123 M per Tonne bez. — **Weizenkleie** grobe 3,95 M, feine 4,15, 4,20, 4,30 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Roggenkleie** 4,62½ M per 50 Kilogr. bezahlt.

Spiritus unverändert. Nicht contingentirter loco 39,75 M Br.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 21. Juni. Wind: N.

Gesegelt: Baltic, Christensen, Holbeck, Getreide. — Princeß Alexandra (SD.), Masson, Waja, Getreide. — Reval (SD.), Schwerdtfeger, Stettin, Güter. — Vistula (SD.), Mitchell, Leith, Güter.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute bei Nr. 31 eingetragen worden, daß das unter der Firma A. Jacobi hierselbst bestehende Handelsgeschäft durch Erbvergleich auf die verwittwete Frau Johanna Jacobi geborene Ascher hier übergegangen ist, die es unter unveränderter Firma fortführt. Die Firma ist unter Nr. 146 des Firmenregisters mit dem Bemerken neu eingetragen worden, daß deren Inhaberin die verwittwete Frau Johanna Jacobi geborene Ascher hier ist. (7590

Strasburg Westpr., den 14. Juni 1899.
Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns D. Robert sen. zu Graudenz wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Graudenz, den 19. Juni 1899.
Königliches Amtsgericht. (7624

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen des Händlers Hermann Mendelsohn in Berent ist durch den Beschluß des Königlichen Amtsgerichts hierselbst heute am 19. Juni 1899, Vormittags 11 Uhr 45 Minuten, das Concursverfahren eröffnet.

Verwalter: Gerichtssecretair Loewe.
Offener Arrest und Anmeldefrist bis 7. Juli 1899.
Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 11. Juli 1899, Vormittags 11 Uhr.

Berent, den 19. Juni 1899. (7610
Der Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Steckbriefserledigung.

Der hinter den Arbeiter Johann Czerlingski unter dem 24. Februar 1898 erlassene, in Nr. 23057 dieser Zeitung aufgenommene und am 3. März 1899 erneuerte Steckbrief ist erledigt. Aktenzeichen V J 977/97.

Elbing, den 20. Juni 1899. (7623
Der Erste Staatsanwalt.

Auction in Trutenau

Kreis Danziger Niederung.

Dienstag, den 27. Juni 1899, pünktlich von 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage des Gutsbesitzers Herrn Ad. Tetzlaff wegen Verkaufs des Grundstücks an den Meistbietenden verkaufen:

19 Pferde, darunter Wagenpferde und Stuten mit Fohlen, einige im Westpr. Stutbuch eingetragene Stuten, 2 einjährige und 2 zweijährige von Stutbuchstuten abstammende Jährlinge, sämmtlich von Kgl. Beschälern abstammend; 33 Stück Rindvieh, darunter 13 Milchkühe und 4 Färsen, theils hochtrgd., 2 gr. Bullen, 5 Kuh- u. 11 Bullkälber von Herdbucheltern aus der Herde Zimmermann-Barlewitz; 7 große und 8 sieben Monate alte Zuchtsäue, 30 Ferkel, sämmtlich Mecklenburger Race, 30 drei und vier Monate alte Ferkel der gr. Yorkshirerace, 1 Parthie Hühner, 1 Coupé, 1 Jagdwagen, 1 Phaeton, 1 Selbstfahrer, 1 Halbverdeckwagen, 1 Kastenwagen auf Federn, 8 div. Arbeitswagen, 1 viersitzigen russischen Schlitten, 2 Arbeitsschlitten, 1 Pr. Spazier- und 6 Gespann led. Arbeitsgeschirre, 1 Reitzeug, 6 Arbeitssättel, 1 Dampfdreschapparat, (Garret & Sons), 2 große Roßwerke, 1 Dreschkasten, 2 Reinigungs- und 2 Häckselmaschinen, 2 Schrotmühlen, 1 Kleesäemaschine, 1 Zimmermann'sche Drillmaschine, 1 Fuchtel, 1 doppelte u. 2 einfache Ringelwalzen, sämmtliche Pflüge, Eggen, Krümmer, Grubber, 1 gr. Stakenölplan, 2 Decimalwaagen, 1 Mangel, 1 Kartoffeldämpfer, 1 Hirtenbude u. 1 Kübel auf Rädern, 1 gr. Parthie Nutzholz, darunter eich. Zaunpfähle, Bretter, Bohlen, Mauerlatten, eschenes Schirrholz, 30 m Klobenholz und gekleintes Brennholz, div. Bracken, Forken, Hacken, Ketten, Leitern, Dachpfannen, 1 Fach Roggenkrummstroh, 1 Quantum Häcksel und Weizenstreu.

Ferner: 1 gut erhaltenes Pianino und 1 große Parthie Möbel, darunter antike Schränke, Gartenmöbel, schließlich sämmtliche Küchen- und Hausgeräthe, Gesindebetten ꝛc.

Es wird bemerkt, daß das gesammte Inventar sich in sehr gutem Zustande befindet. Den mir bekannten Käufern gewähre ich einen zweimonatlichen Credit. Unbekannte zahlen sogleich.

F. Klau, Auctionator,
Danzig.
6969)

Danziger Oelmühle
Petter, Patzig & Co.
in Danzig.

Die Commanditisten obiger Gesellschaft werden hiermit zu der am
Freitag, den 7. Juli 1899,
Nachmittags 4 Uhr,
in Danzig, Langenmarkt Nr. 44, stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung
eingeladen.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Berichts des persönlich haftenden Gesellschafters und des Aufsichtsraths über das Geschäftsjahr 1898/99 und Genehmigung der Bilanz.
2. Beschluß über Entlastung des jetzt persönlich haftenden, sowie des ausgeschiedenen Gesellschafters und des Aufsichtsraths.
3. Wahl von Aufsichtsrathsmitgliedern.
4. Abänderung der §§ 1—30 des Gesellschaftsvertrages.

Laut § 24 unseres Statuts haben Stimmrecht zu der Generalversammlung:

a. diejenigen Besitzer von Namens-Actien, welche mindestens fünf Werktage vorher in den Büchern der Gesellschaft als Actionäre eingetragen sind,
b. diejenigen Besitzer von Inhaber-Actien, welche die letzteren fünf Werktage vorher bei der Kasse der Gesellschaft für die Dauer der Generalversammlung hinterlegt haben.

An die zu a genannten Actionäre, werden auf Grund der Eintragung, an die zu b genannten, gegen den Hinterlegungsschein, Stimmkarten ertheilt.

Beschlußfassung zu Punkt 4 kann nur stattfinden, wenn nach § 22 des Statuts 3/5 des Gesammt-Actienkapitals vertreten sind.

Danzig, den 21. Juni 1899.

Der Aufsichtsrath.
Steffens. Berger. Unruh. Wittekind.